



„Der Segen der Inflation“

Gefährliche englische Kompromißvorschläge

Sowohl der Direktor der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbunds, Layton, wie der englische Volkswirtschaftler Prof. R. R. Keynes haben sich bekanntlich gegen jede vorläufige Währungsreform in der Tributfrage, aber nicht minder deutlich gegen die völlige Streichung der Tribute gewandt. Offenbar liegt in dieser Stellungnahme ein System, hinter dem die maßgebenden Kreise des britischen Auswärtigen Amtes stehen.

Layton meint, wenn man Deutschland von den Tributen befreie, so wäre es mit geringeren inneren Schulden belastet als seine Tributgläubiger. Durch die Inflation und die „Aufwertung“ der neuen Markwährung habe es sich ja diese Schulden vom Hals geschafft und einen gewaltigen Industrieapparat aufgerichtet, der alle ausländischen Konkurrenten aus dem Feld schlagen würde.

Keynes erklärt, nach einer angemessenen Ruhepause würde Deutschland „zweifelslos“ instande sein, etwa 20 Millionen Pfund Sterling Tribute jährlich aufzubringen. Zu heutigen Goldwert gemessen würden das etwa 300 Mill. Mk. sein, uml. an der Münzparität gemessen 400 Mill. Mk. jährlich.

Die erstaunlichen Ansichten der Engländer Layton und Keynes legen zunächst die Frage nahe: Wenn die kapitalvernichtende Inflation angeblich so überaus gute Wirkungen haben soll, warum machen dann England und alle die Staaten, deren Presse die Layton-Keynes'sche Weisheit gegen Deutschland ausschlastet, diese heilsame Inflation nicht schleuniger nach?

Die halbamtliche „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ (Nr. 13 vom 16. Januar) nimmt gegen den böserartigen Unfuss einer gewissen Auslandsprelle folgendermaßen Stellung — wobei vorausgeschickt sei, daß die seit der deutschen Inflation eingegangene Schuld des Reichs im Oktober 1931 (nach „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 24 S. 877) schon wieder die Riesensumme von rund 12,5 Milliarden Reichsmark erreicht hatte:

„Die Belastungsfähigkeit des deutschen Volkes durch die Kapitalvernichtung der Inflation ist einfach dadurch schon viel geringer geworden als diejenige anderer Völker, weil man ihm in den Jahren 1919 bis 1923 nicht etwa nur eine Zins- und Amortisationsquote der verschiedenen Kriegslasten abverlangt hat, wie allen anderen Völkern, sondern nahezu das volle Kapital. Allein 10 Milliarden Mark Kriegsanleihe sind auf diesem Weg aus dem deutschen Nationalvermögen gestrichen worden, und die Gesamtsumme der Kapitalbergabe bezieht sich auf ein Mehrfaches davon. Die Beweisführung, die in diesem Punkt immer wieder von ausländischen Autoren versucht wird, läuft also darauf hinaus, einem Verarmten, dessen Vermögen konfisziert wurde, einzureden, er sei besser daran als ein Vermögender, weil dieser nun die höheren Steuern zu zahlen habe.“

Wie abwegig diese Versuche einer Beweisführung sind, geht schon aus einer Vergleichung der Steuerquellen hervor. In Deutschland muß etwa ein Viertel der gesamten Aufwendungen für den Haushalt von Reich und Ländern vom Einkommen, etwa 15 Prozent in Form von Grund- und Gewerbesteuern nochmals vom Arbeitsertrag im wesentlichen aufgebracht werden. In Frankreich kommen demgegenüber nur etwa 6,5 Prozent aus Gehältern und Löhnen, 8 bis 9 Prozent aus Steuern auf Unternehmensgewinne ein, während die Hauptgrundlage die Besteuerung der Vermögen abgibt, die bei uns nur knapp 4 Prozent (trotz im wesentlichen gleich hoher Belastung der Vermögenssummen) abwirft. Darin zeigt sich schon, erstens der gewaltige Unterschied der Vermögenssubstanz und zweitens die starke Anziehung der Steuerherrscher gegenüber dem Arbeitsertrag bei uns. In England, wo die Verhältnisse so gelagert sind, daß über ein Drittel des Steuerertrags aus Einkommen, 30 Prozent aus Vermögen und Vermögensertrag fließen, liegt die untere Steuergrenze des Einkommens reichlich doppelt so hoch wie bei uns; dort wird die gesamte Einkommensteuer von nur rund der Hälfte der steuerpflichtigen Personen aufgebracht, während in Deutschland weit mehr als 90 Prozent aller Erwerbstätigen und Steuerpflichtigen infolge der niedrigen Freigrenze zu der Einkommensteuer beitragen. In Frankreich wird das Gros der aufzubringenden Einkommensteuer, nämlich rund 70 Prozent des Ertrags, von Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 8300 RM. geleistet; in Deutschland entfallen noch nicht einmal 40 Prozent der Einnahmen auf diese mittleren und großen Einkommen, während der größte Teil des Ertrags von den kleinen Einkommen zwischen 1000 und 5000 RM. aufgebracht werden muß.

Man braucht nicht weiter in die Einzelheiten zu gehen, um den Widerspruch solcher Rechnungen deutlich zu machen, die der Welt beweisen wollen, die Kriegslasten betragen in Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung 370, in Deutschland aber nur 65 Franken; sie betragen in Wirklichkeit, auch wenn man einmal die 165 Franken gelten lassen wollte, die einer Gesamtsumme von rund 10 Milliarden Franken oder 1,6 Milliarden Mark (deutscher innerer Kriegslasten) viel zu niedrig auch nach Ansicht der „D.P. Korresp.“

Tagespiegel

Der Reichskanzler wird auf die Denkschrift Hitlers antworten und die Antwort veröffentlichen.

Das Reichskabinett hat am Montag nachmittag agrarpolitische Fragen und Maßnahmen zum Schutz der bäuerlichen Wirtschaft beraten.

Ueber die Durchführung der Preußenwahl am 8. Mai werden die Regierungsparteien und die preussische Regierung am Dienstag sich einigen. Auf je 50 000 (bisher 40 000) Stimmen soll ein Mandat kommen.

In einer Parteiversammlung in Frankfurt a. Oder trat der Reichsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, unter scharfen Angriffen gegen Dr. Hugenberg und Hitler für den Reichskanzler Brüning ein.

In einer öffentlichen Kundgebung der Deutschen Volkspartei in Düsseldorf forderte der Hauptredner, Dr. Schlenker, Geschäftsführer des Langnamvereins, namens der Partei in Hannover und im Industriegebiet, die sich der nationalen Opposition angeschlossen habe, den sofortigen Rücktritt Brünings.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Prof. Dr. Bredt, hat dem Jungdeutschen Orden auf dessen Anfrage mitgeteilt, daß die Partei das vorgeschlagene Volksbegehren für die Wiederwahl Hindenburgs nicht für empfehlenswert halte; sie sei für Volkswahl. — Den Termin dafür hat bekanntlich der Reichstag durch Gesetz festzustellen.

Der frühere britische Außenminister Henderson, der bekanntlich zum Vorsitzenden für die Abrüstungskonferenz gewählt worden war, ist von seiner langen Krankheit wieder hergestellt und hat sein Amt als außerparlamentarischer Führer der Arbeiterpartei wieder übernommen.

entsprechen, daneben mindestens noch den Jahreszins eines verlorenen bzw. vernichteten Kapitals von 2000 bis 3000 RM. auf den Kopf der Bevölkerung, also 120 bis 180 Reichsmark gleich 720 bis 1080 Franken je Kopf und Jahr; denn diese Summen sind dem deutschen Nationalvermögen und damit dem einzelnen Steuerzahler seit dem Krieg durch den Kapitalabtrieb der Inflation und die verschiedenen Reparationsleistungen verlorengegangen, können also auch nicht mehr versteuert werden. Damit erreicht aber die tatsächliche Belastung jedes einzelnen Deutschen... eine Höhe, wie die keines einzigen ausländischen Steuerzahlers.“

Diese Zahlen sollten jeden ehrlichen Menschen von der Unsinngigkeit einer deutschfeindlichen Argumentation überzeugen, die mit erstaunlicher Selbstsicherheit auf die Gedanklosigkeit harmloser Zeitgenossen spekuliert.

Hitler an Brüning

München, 18. Jan. Im Anschluß an die Verhandlungen der Reichsregierung wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten hat der Führer der D.P., Hitler, dem Reichskanzler eine Erklärung übergeben, die nunmehr veröffentlicht wird.

Hitler erinnert zunächst an seine Besprechungen mit dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und Staatssekretär Dr. Meißner, in welchen er seine Bedenken gegen die Absicht der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch Reichstagsbeschluss vorgebracht habe, und erklärt, seinen Bemühungen sei es gelungen, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichspräsidenten aus dem peinlichen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen. Er, Hitler, sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichskanzlers als möglich anzusehen, sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt aus, als auch auf Grund einer politischen Ueberprüfung.

Er habe berechtigte Zweifel, daß eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zulässig ist, wenn in der Verfassung eine wirkliche Grundlage staatlichen Lebens erblickt werden soll. Sollte aber trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müßte zumindest eine selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein: Die Zusammenkunft des Reichstages müsse den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volks tatsächlich und erweisbar zum Ausdruck bringen. Alle sonst gegen eine Neuwahl angeführten Gründe innen- und außenpolitischer Natur könnten niemals ein Freibrief zur Verletzung der Verfassung sein.

Zu der Auffassung des Reichskanzlers, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertragen, bemerkt Hitler, daß das innerpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reichs seit 12 Jahren nun nicht zu bestreiten vermöge, aus inneren politischen Selbsterhaltungsgründen keine Wahlen brauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch erfordern.

Für künftige außenpolitische Erfolge sei unvermeidliche Voraussetzung die innerpolitische Ueberwindung der weltanschaulichen und parteilichen Zerstückelungsarbeit, die mit dem November 1918 einst ihr Ziel erreicht und Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befindet. Er, Hitler, sehe daher in jedem Vorgang, der zur Ueberwindung des heutigen Systems führen kann, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands. Er sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands sei somit eine Frage der moralischen Rehabilitierung unseres Volks im Innern und damit eine Frage der Ueberwindung des Systems, das in der Geschichte unzerbrechlich verbunden sein werde mit der Periode der inneren und damit äußeren Entwertung unseres Volks. Auch im übrigen sei es noch eine Frage der Moral, ob es erträglich erscheine, jahrelang als „Staatsfeinde“ verurteilt zu werden, um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden. Auch aus dieser Empfindung heraus müsse er den Vorschlag des Reichskanzlers ablehnen. „Ich bedaure nachmals“, so schließt das Schreiben, „daß Hindenburg in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten wurde, für den wir Kämpfer des großen Kriegs als den Generalfeldmarschall unserer Heere unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfinden.“

Ich zweifle keinen Augenblick, daß politische Kredite an der effektiven Zahlungsfähigkeit, d. h. am tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Nation scheitern können. Ich glaube aber nicht, daß eine solche durch Tathaten erzwungene Richterfühlung vorher unterschriebener Verträge ohne weiteres in einen gültigen Rechtszustand verwandelt wird, wenn nicht außer dem politischen Unvermögen des Schuldners politische Zweckmäßigkeiten für den Gläubiger sichtbar werden.

Daß Deutschland heute nicht mehr zahlen kann, ist kein „politisches Verdict“ irgendeiner Regierung, sondern eine durch eine unvergleichlich fehlerhafte politische Leitung herbeigeführte, mit unfahbarem Leid und grauenvollem Not verknüpfte Katastrophe und Schuld jenes Systems. Die Tatsache, daß es ihr gelungen ist, in 13 Jahren ein gesundes Unternehmen vollständig zahlungsunfähig zu machen, ist keineswegs eine Garantie dafür, daß damit im 14. Jahr ein Wiederaufstieg beginnt. Auf keinen Fall dann, wenn die Männer des Zusammenbruchs, statt mit ihm zu verschmiden, auch Direktoren des Wiederaufstiegs sein möchten.

Sprengstoff für die Abrüstungskonferenz

Paris, 18. Jan. Je näher die Abrüstungskonferenz herankommt, um so häufiger werden in den französischen Wätern die Artikel, in denen Deutschland der geheimen Rüstungen bezichtigt wird und das Harmloseste, was von deutscher Seite geschieht, in diesem Sinn verdächtigt wird. Für die urteilslosen französischen Leser genügen die alarmierenden Ueberschriften, so richtig der Inhalt sein mag. So verkündet eine dicke Ueberschrift im „Journal“: Deutschland könnte sich innerhalb einiger Monate dank dem holländischen Lager von Kampen 1500 schwere Artilleriegeschütze verschaffen. — Neben solchen mehr privaten Arbeiten geht eine Aufreizung der öffentlichen Meinung durch Parlamentarier, wie die Senatoren Bourgeois und Ceccard (Eiffeler) einher, die verbreitete, hinter dem heimlich gestärkten Deutschland stände bereits Sowjetrußland, Ungarn und Bulgarien „bis an die Zähne bewaffnet“ bereit. Schließlich wird auch von Ministern auf die „gefährliche Entwicklung“ der italienischen Luftstreitkräfte und der deutschen „Kriegsflotte“ hingewiesen.

Wertlosigkeit der Lausanner Konferenz

Frankreichs Starrsinn siegt

London, 18. Jan. Die Blätter betrachten es als ausgemacht, daß die Lausanner Konferenz lediglich das Deutschland gewährte Moratorium verlängern und sich dann um etwa 6 Monate vertagen werde.

„Times“ erklärt, nach britischer Auffassung sei die Frage einer Verlängerung des Hoovermoratoriums gegenwärtig nicht dringlich, da die nächsten britischen Zahlungen an Amerika erst am 15. Dezember fällig werden.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ führt aus: Selbst wenn Frankreich an der Konferenz teilnehmen sollte, werde es dies widerwillig und mißtrauisch tun. Die französische Regierung würde ihre Anwesenheit davon abhängig machen, daß kein Versuch unternommen werde, etwas anderes als durchaus „vorläufige“ Beschlüsse zu fassen. Frankreich werde unter allen Umständen auf der Weiterzahlung der ungeschätzten Jahresleistungen nach verhältnismäßig kurzer Zeit, etwa nach zwei Jahren, bestehen und einer Verminderung der nächsten Jahreszahlungen nur



insoweit zustimmen, falls Amerika ein entsprechendes Zugeständnis mache. Angesichts der Haltung des Parlaments in Washington könne aber gegenwärtig die Frage Amerika gegenüber amtlich nicht vorgebracht werden.

„Daily Herald“ erzählt, Mussolini werde vielleicht an der Lausanner Konferenz teilnehmen, falls Mac Donald auch zugegen wäre. Mussolini betrachte die Reparationskonferenz als wichtiger für die Zukunft der Welt als die Abrüstungskonferenz, weil ein erfolgreicher Abschluß in Lausanne die Lösung der Abrüstungsfrage ermöglichen würde. Diese Ansicht werde auch von Mac Donald geteilt.

Neue Nachrichten

Das Volksbegehren in Oldenburg angenommen

Oldenburg, 18. Jan. Das nationalsozialistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages ist erfolgreich gewesen. Der Landtag wird nunmehr in seiner Februar-sitzung zu entscheiden haben, ob er sich selbst auflösen will.

Die Sprengstoffunde in Hagen

Hagen (Westf.), 18. Januar. Die vier im Zusammenhang mit den großen Sprengstoff- und Waffenjunden verhafteten Kommunisten wurden dem Richter vorgeführt. Einer derselben machte einen Selbstmordversuch, der verhindert werden konnte; ein anderer hat ein Geständnis abgelegt.

Frankreichs Marokkofeldzug

Paris, 18. Jan. Während Europa mit der Reparations-, Abrüstungs- und mandatschurischen Frage beschäftigt war, hat Frankreich in aller Stille einen großangelegten Feldzugsplan in Marokko zu einem gewissen Abschluß gebracht. Das Ministerium teilt darüber nunmehr mit: Das Tafilaleh ist am 15. Januar besetzt worden. Der erste Abschnitt des Unternehmens, das die Einkreisung dieser wichtigen Oase umfaßt, ist mit einem Ueberraschungserfolg ohne Zwischenfälle durchgeführt worden. Schon in den ersten Morgenstunden waren die Abteilungen der eingeborenen Parteigänger auftragsgemäß in dem Palmengebiet vorgezogen. Sie hatten gegen Ende des Tages im Herzen der Oase selbst die gegenseitige Verbindung ausgenommen, und zwar in Ricani, wo sich der Sitz des Führers Belgassen Agadi befinden soll.

Diese Meldung bedeutet in der Geschichte der Marokko-eroberung ein wichtiges Ereignis. Das Palmen- und Oasengebiet des Tafilaleh ist das Hauptverorgungsgebiet der tapferen, nicht unterworfenen südmarokkanischen Eingeborenenstämme, hauptsächlich der Berber im Atlasgebiet. Die Eroberung des Tafilaleh entspricht dem umfassenden Feldzug, der die tapferen Atlasberber wie in einem Saß abschneuert. Die großen militärischen Operationen, die zu diesem — wie gesagt wird — ersten Ziel geführt haben, sind schon seit etwa dreizehn Jahren im Gange. Belgassen Agadi gilt als der gefährlichste und einflussreichste Gegner der Franzosen in Südmarokko.

Die Berber haben bekanntlich z. T. auch germanisches Blut von den edlen Germanenstämmen der Vandalen und Goten, die eine Zeitlang Nordwestafrika beherrschten, dann aber in der Eingeborenenbevölkerung aufgegangen und verschwunden sind wie in Italien und Spanien. Wie in diesen Ländern, trifft man aber auch am Atlas noch ihre Spuren. So gibt es z. B. auch blauäugige Berber.

Sozialdemokratische Geheimbefehle im Fall eines Putschs

Wien, 18. Jan. Wie das „Wiener Montagblatt“ erzählt, fand man im Ottakringer Arbeiterheim außer Waffen und Munition in einer eisernen Kassetten auch zahlreiche Schriftstücke mit einem bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für ein bewaffnetes Vorgehen der sozialdemokratischen Parteigruppen im innerpolitischen Ernstfall, sowie Befehle für die Besetzung öffentlicher Gebäude, Verhaftung politischer Gegner, für die Angriffsweise der Sturmabteilung, die Errichtung von Barrikaden und die Organisierung eines diktatorischen Sicherheitsdienstes usw.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des Wiener „Morgen“ erklärte Innenminister Winkler, er beschäufte sich mit der Ausarbeitung eines Entwaffnungsgesetzes, das den Staat als alleinigen Träger der Machtmittel von jedem einzelnen Einfluß befreien sollte. Die Bundesregierung werde die Aktion zur inneren Abrüstung streng unparteiisch durchführen.

Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von Paul Grabein.
Copyright 1930 by Romandienst „Digo“, Berlin W 30.

Durch all das schon überempfindlich und reizbar geworden, hatte Wigand heute Ursulas Wesen tiefer verletzt, als es sonst wohl geschehen wäre. Aber er begann nun, in den Augenblicken, wo er schweigend dem Major gegenüber, nachzudenken, ob er ihr nicht irgendwie doch unrecht getan hätte.

Absolute Ehrlichkeit auch gegen sich selbst war ein hervorragender Zug seines Wesens; so sagte sich denn Jörg nach kurzem Besinnen, daß seine Verdrossenheit über Ursulas Ausbleiben unberechtigt gewesen war. Aber das mit dem Zimmer wollte ihm noch immer nicht in den Kopf. Rein, — da war doch sein Empfinden entschieden im Recht! Und heftig stieß Wigand in trotzigem Verharren den Rauch seiner Zigarre von sich.

Andererseits — wenn er die Sachlage unparteiisch erwog, so mußte er sich das Eingeständnis abzwängen: es ging einmal nicht anders! Der Major konnte den einzigen Sohn seines verstorbenen Bruders doch wirklich nicht Jörgs Empfindungen zuliebe ins Hotel schicken. Und Ursulas Zimmer war das einzig verfügbare im Hause.

Sowie Wigands Erregtheit verslogen und dieses bessere Erkennen in ihm aufgestiegen war, kam auch der Drang über ihn, das begangene Unrecht wieder gutzumachen.

„Berzeih, Papa“ — wandte er sich, die Zigarre fortlegend, an den Major. „Ich möchte zu Ursel.“

Schwere Zusammenstöße in Bilbao

Bilbao, 18. Jan. Nach einer Versammlung der Königtrenen in Bilbao kam es zu schweren Zusammenstößen mit Republikanern und Kommunisten. Vier junge Leute wurden getötet und sieben, darunter ein Gendarm, verwundet.

Drei Fünfundzigjährige

Der bekannte Heerführer im Weltkrieg, General der Infanterie Otto v. Below beging am 18. Januar seinen 75. Geburtstag.

Otto v. Below wurde in Danzig als Sohn eines Generalleutnants geboren. Seine militärische Laufbahn begann 1875, wo er als Leutnant in das Infanterieregiment Nr. 80 eintrat. 1912 wurde er zum Generalleutnant und zum Kommandeur der 2. Division befördert. Zu Beginn des Weltkriegs führte er das 1. Infanteriekorps so erfolgreich, daß er bald zum General der Infanterie ernannt und ihm die Führung einer Armeegruppe unter Hindenburg übertragen wurde. Großen Anteil hatte Below an dem Sieg in der Winterkampagne in Masuren (Februar 1915). Seine Armee drang im Frühjahr und im Sommer 1915 nach Rußland vor und bildete die folgende Zeit den linken Flügel der Ostfront. Anfang 1916 übernahm Below das Kommando über die 11. Armee an der mazedonisch-griechischen Grenze. Hier setzte er sich im Verlauf der heftigen Kämpfe um die Berge nördlich des Cernahogens persönlich an die Spitze des 9. Jägerbataillons und gewann mit ihm eine an die Serben verlorengangene Höhe zurück. Neuen Ruhm erwarb er sich im Herbst 1917. An der italienischen Front hatte sich inzwischen die Lage so zugespitzt, daß dort ein entscheidender Schlag geführt werden mußte. General v. Below wurde mit dieser ungewöhnlich schwierigen Aufgabe betraut. Die alles beherrschenden Gebirgsstellungen der Italiener schienen unangreifbar, doch nach sorgfältigster Vorbereitung wurde der Angriff gewagt, und er gelang. Die Italiener wurden bis hinter den Piave zurückgeworfen.

Bei der großen Offensive im Frühjahr 1918 in Frankreich führte General v. Below erfolgreich die 17. Armee, deren schwierige Aufgabe in dem Durchbruch durch die Linie Monchy-Cambrai bestand. Nach dem Waffenstillstand und dem Rückzug übernahm Below trotz der damaligen Schwierigkeiten den Heimaufschuß West, wo er manches Unheil verhütet hat.

Professor Dr. Max Sering, der Senator unter den deutschen Hochschullehrern für Agrarwissenschaft, vollendete am 18. Januar sein 75. Lebensjahr. Wie wenig Sering durch sein hohes Alter in seiner Schaffenskraft beeinträchtigt worden ist, beweist das soeben erschienene neue Standardwerk des Gelehrten über „Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten“, das in Gemeinschaft mit zahlreichen führenden Männern der Agrarwissenschaft bearbeitet worden ist. Seit 12 Jahren kämpft Sering gegen den Lug und Trug der erweiterten Kriestribune.

Der Reichspräsident hat Dr. Sering den Adlerschild des Reichs verliehen und in einem Schreiben der archen Verdienste Seringens um die Förderung der Landwirtschaft und des Siedlungswesens zugleich als mutigen Vorkämpfer für die Erhaltung, Stärkung und Mehrung bodenkundlichen deutschen Boverntums und für das mannhafte Eintreten für die unveräußerlichen Lebensrechte des deutschen Volks anerkannt.

Noch ein anderer bekannter Mann konnte am 17. Januar den 75. Geburtstag feiern: der österreichische Komponist und Schriftsteller Wilhelm Kienzl in Wien. Von seinen Opus Uroost, Hellmar der Narr, Don Quixote, Kubrakon und Coanaelmann hat ihn namentlich die letztere bekannt und beliebt gemacht.

Württemberg

Der Württ. Städtetag zur Preislenkung

Stuttgart, 18. Jan. Der Vorstand des Württ. Städtetags stellte sich auf den Standpunkt, daß bezüglich der Preislenkung für die Städte vorwiegend die Gas- und Elektrizitätspreise in Betracht kommen, während die Wasserpreise jezt schon in den meisten Gemeinden den Gesehungskosten angepaßt seien. Eine Senkung der Gas- und Elektrizitätspreise könne nur soweit in Frage kommen, als sie den Einsparungen durch Lohn- und Gehaltskürzung, Kohlenverbilligung, Frachtermäßigung, Zinslenkung usw. entsprechen, weil die Gas- und Elektrizitätswerke in der Regel zum

Ausgleich der Gemeindehaushalte beitragen müssen; eine darüber hinausgehende Preislenkung müßte also auf dem Weg der Steuererhebung ausgeglichen werden. Empfohlen wurde eine Herabsetzung der Verpflegungssätze in Heilanstalten. Das Staatsministerium wurde in einer Eingabe ersucht, die Ablosungsbeträge aus der Gebäudeentlastungssteuer in erster Linie zur Zinslenkung der von der Wohnungskreditanstalt ausgegebenen Wohnungsbaudarlehen, sowie zur Förderung der bereits in Angriff genommenen Wohnungsbauten zu verwenden. Ferner solle ein Teil der dem Staat aus der erhöhten Umsatzsteuer zukommenden Einnahmen als Beihilfe für die durch die Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge schwer belasteten Gemeinden zur Verpflegung gestellt werden.

Landesversammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbunds

Stuttgart, 18. Jan. Die Landesversammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbunds am Sonntag in der Liederhalle war aus dem ganzen Land sehr gut besucht. Für den erkrankten Bundesvorsitzenden Delemonierat Bogt-Gochsen begriffte Landtagsabg. Stöck-Radestetten die städtische Versammlung, die Abgeordneten des Bunds und besonders als Gäste den Kultminister Dr. Bazille und den Finanzminister Dr. Dehlinger. Den Bericht über die Bundesarbeit erstattete Landtagsabgeordneter Schriftleiter Dr. Häcker-Stuttgart. Nach dem Bericht hat sich der Mitgliedsstand des Bauernbunds behauptet. Der Bund arbeitet aufs sparsamste und kennt keine Bonzenwirtschaft mit hohen Gehältern.

Im Kampf gegen den Youngplan stand der Bauernbund in Württemberg an vorderster Stelle. Bei der Raumwahl der Landwirtschaftskammer am nächsten Sonntag soll der Streit der politischen Parteien aus dem Spiel gelassen werden. In den Wahlkampf zu den Württ. Landtagswahlen geht der Bund wie seit 37 Jahren selbstständig. Die Mitbeteiligung und Mitverantwortung in der württ. Regierung hat der Bauernbund stets dahin ausgeübt, eine sparsame Verwaltung, eine geordnete Staatswirtschaft und die gebotene Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft durchzusetzen.

Major a. D. Colshorn überbrachte die Grüße des Stahlhelms, der besonders höflich darauf hinwies, viele Bauern in seinen Reihen zu haben. Der Vertreter des badischen Landbunds Schmid bezeichnete das Mutterland Württemberg als das Land der Sehnsucht der badischen Bauern. In zwei Referaten sprachen dann Landtagsabgeordneter Frühwald, Vorsitzender der mittelfränkischen Kreisbauernkammer, über „Bauernnot — Volknot“ und Junglandbundesführer Seume-Thüringen über „Die Aufgaben der Landjugend in der Notzeit unserer Landwirtschaft“.

Nachdem die Land- und Reichstagsabgeordneten Berichte über die Land- und Reichstagsarbeit erstattet hatten, wurde einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der zur Aufhebung des Verbots von der verkehrten Erfüllungspolitik, Streichung der Tribulkassen, gleiches Recht in der Abrüstungsfrage, zur Innenpolitik Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, besonders der Vieh- und Milchwirtschaft, gerechte Preise, Schutz der Bodwirtschaft, Erhaltung der Selbstständigkeit der Länder gefordert werden. Der Bauernbund fordert, daß eine auf die bodenkundlichen und nationalen Kräfte des Volks sich stützende Reichsregierung den Weg zu einer besseren Zukunft bald freimachen wird.

Vom Verband württ. Gewerbevereine

Stuttgart, 18. Jan. Unter dem Vorsitz des Glaschneidemeisters und Landtagsabgeordneten Henne-Thüringen fand am 12. Januar in Stuttgart eine Landesauschussung des Verbandes württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen statt. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der u. a. fordert, daß der Verband der Gewerbevereine und die ihm angeschlossenen Gewerbevereine haben als wirtschaftliche Organisationen des Handwerks und gewerblichen Mittelstands wie bisher parteipolitische Neutralität zu üben.

Syndikus Eberhardt-Neulingen erläuterte den Antrag des Württ. Handwerkskammertags an die Württ. Staatsregierung auf Einführung einer Fiskusgewerbe- und Warenhaussteuer, Schaffung eines besonderen Wandergewerbesteuergesetzes und Heranziehung der freien Berufs zur Gewerbesteuer. In der Angelegenheit wird demnächst eine persönliche Aussprache mit Finanzminister Dr. Dehlinger in die Wege geleitet. Zum Schluß wurde an die Württ. Staatsregierung das dringende Ersuchen gestellt, die Eingabe des Württ. Handwerkskammertags auf Zuführung von Mitteln an die Wohnungskreditanstalt aus der Gebäudeentlastungssteuer nachdrücklich zu berücksichtigen.

„Na, also schon wieder im reinen?“ Ein leises, gutmütig-ironisches Lächeln überflog die durchsuchten Züge des Majors. Er kannte ja des Schwiegerjohns höflich-lügendes Wesen bereits und er nickte Jörg zu, der schon dem Nebenzimmer zuschritt.

Gleich darauf trat Tante Marie ins Zimmer. „Wir können essen — die Kinder nicht hier?“ Suchend blickte sich die rundliche, kleine Dame im Zimmer um.

„Werden wohl noch einen Augenblick warten müssen.“ „Wieso?“ Die Tante fragte es etwas ungeduldig. Der Braten drohte kalt zu werden.

„Da drinnen“ — Drenck wies mit einer Kopfbewegung nach Ursulas Zimmer hin — „wird mal wieder Bersöhnungsfest gefeiert.“

„Was? Schon wieder?“ Die Tante schlug die Hände zusammen. „Das finde ich doch recht bedenklich, Schwager. Mir wird bisweilen bang um Ursels Zukunft. Wenn das jetzt schon so losgeht mit den Meinungsverschiedenheiten!“

„Besser als nachher — wenn's zu spät ist!“ Gelassen strich der Major die Äsche seiner Zigarre ab. „Die Sache ist auch nicht so ernst zu nehmen. Sie sind eben beide noch jung und müssen sich gegenseitig abschleifen — besonders das Mädel. Ist ja noch ein reines Kind.“

„Das ist's ja eben,“ leuchtete die Tante. „Jörg ist viel zu ernst für sie. Paß auf, Schwager, das tut nimmer gut!“

„Ach Unsinn!“

Jörg ist gerade der richtige Mann für das Mädel. Er hat die richtige Hand für sie: fest und doch weich! Scharf herannahen und doch mal wieder Lust am Zügel geben. Der bringt sie richtig in Gang — verlaß dich drauf!“

„Wenn du denn eine Frau durchaus immer mit 'nem unvernünftigen Tier vergleichen mußt“ — des Majors kavalie-

ristischer Lieblingsvergleich kränkte die kleine Dame immer von neuem — „gut! Aber dann sage ich dir — und so viel versteh' ich doch auch von der Pferdebehandlung“ — Tante Marie stammte vom Lande — „er ist viel zu hitzig für sie! Ja, wenn er ruhiger wäre, nicht selber immer gleich aufbegehrt — aber so!“ Und mit einem viel sagenden Achselzucken ging Tante Marie hinaus, ihren Braten warmzustellen.

Ursula, die in ihrem Zimmer beschäftigt war, hörte, wie die Tür aufging und jemand hereinkam. Am Tritt erkannte sie Jörg, aber verriet es nicht. Noch grölkte der Zorn in ihr über die zu Unrecht erlittene Zurechtweisung. Nun aber fühlte sie seine Hand auf ihrer Schulter, und als dann seine Stimme dicht an ihrem Ohr ein leises Wort der Abbitte sprach, verslog auch ihr Groll. Einen Augenblick empfanden beide in langem Ruß die Süße vergehender, junger Liebe. Dann bat sie an seine Schulter geschnitten:

„Jörg, sei nie wieder so zu mir! Ich bitte dich flehentlich: laß mich nicht hart an! Ich fühle es, in mir steckt ein Stolz, ein Troß, der sich aufbläht. Sei immer gut zu mir, dann will ich wie Wachs in deiner Hand sein.“

Die leisen Worte, ihre stehenden Blide rührten ihn. Mit innigem Ansehziehen versprach er ihr es. Dann aber machte sie sich frei — wieder strahlend froh.

„Und nun sieh dich mal um!“ Mit Stolz wies sie ihm das Stübchen, das sie möglichst einem Herzenszimmer gemäß umgestaltet hatte. „Sieht es nicht riesig gemütlich hier aus? Fred wird sich wohl fühlen, den! Ich — nicht?“

Wigand bemühte sich ehrlich, an ihrer Freude teilzunehmen und versöhnlicher an den Better zu denken.

(Fortsetzung folgt).

Protestversammlung der staatlichen Forstarbeiter

Ellwangen, 18. Jan. Gestern fand hier eine vom Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer einberufene Versammlung der Staatsforstholzhauer statt, die einen sehr starken Besuch aus den Forstamtsbezirken des Jagstkreises aufwies. Zur einstimmigen Annahme gelangte eine Entschliessung, in der festgelegt wird, daß der wiederholt vollzogene Abbau der Stunden- und Akkordlöhne bei den würt. Staatsforstholzhauern das Maß des sonstigen Lohn- und Gehaltsabbaus weit übersteige. Durch die Abzüge vom 1. März 1931 mit durchschnittlich 6 Prozent und ab 1. November 1931 in Höhe von 16—27 Prozent sind die Stundenlöhne vom Juli 1925 bereits unterschritten worden. Rund 90 Prozent der Arbeiter sind in Akkord beschäftigt, und es liegen hier noch weitergehende Kürzungen der Akkordlöhne, zum Teil bis 60 Prozent, vor. Neben dem Lohnabbau 1931 bis zu 43 Proz. komme in Betracht die starke Einschränkung des Holzschlags infolge der Wirtschaftskrise. Dadurch erreichen die Holzholzhauer durchschnittlich nur zwei Fünftel der Arbeitslage gegenüber den früheren Jahren. Die Versammlung verlangt eine Berücksichtigung der völlig darniederliegenden Lage der Forstarbeiterschaft. Sie beauftragt den Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer mit der nachdrücklichsten Verfolgung der Lohnsache, um eine Befestigung der übermäßigen Kürzungen zu erreichen.

Im Anschluß an die Versammlung nahm eine Abordnung die Gelegenheit der Anwesenheit des Staatspräsidenten Dr. Holz in Ellwangen wahr, um ihre Beschwerden und Wünsche vorzutragen. Der Staatspräsident sagte eine wohlwollende Behandlung zu.

Stuttgart, 18. Januar.

Französisch und Englisch an den höheren Schulen. In Württemberg wird zur Zeit in den höheren Knabenschulen Französisch als erste lebende Fremdsprache gelehrt, während die höheren Mädchenschulen mit Englisch beginnen. Dies hat zu manchen Unzuträglichkeiten geführt. Es besteht deshalb seit Jahren die Absicht, die Lehrpläne der höheren Knaben- und Mädchenschulen in dieser Hinsicht einander anzugleichen. Die Fremdsprachenfolge an den höheren Schulen in Württemberg wird künftig die folgende sein: 1. In allen Oberrealschulen und Realschulen, an den Reformrealschulen sowie an sämtlichen höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend beginnt der fremdsprachliche Unterricht mit Französisch in der ersten Klasse. 2. An den Oberrealschulen und Realschulen für Knaben und Mädchen wird Englisch von der vierten Klasse an gelehrt. 3. Sämtliche Reformanstalten beginnen in der vierten Klasse mit Lateinisch. In der sechsten Klasse setzt an den Reformrealschulen (für Knaben und Mädchen) das Englische, am Mädchenreformgymnasium das Griechische ein. Am letzteren besteht die Möglichkeit, in den drei obersten Klassen Englisch freiwillig zu lernen. 4. An allen Gymnasien und Realschulen beginnt der Fremdsprachenunterricht in der ersten Klasse mit Lateinisch. Am Gymnasium kann von Klasse 3 ab Französisch als freiwilliges Fach gelehrt werden. In der vierten Klasse folgt als Pflichtfach am Gymnasium Griechisch, am Realschulgymnasium Französisch. In beiden Schulanstalten steht in der sechsten Klasse das Englische (als Pflichtfach) ein.

Das Verbot des Tragens politischer Abzeichen ist in einer Verordnung des Reichsinnenministeriums vom 9. Januar aufgehoben worden.

Neue Leitung der kommunistischen Partei. In einer Sitzung der Bezirksleitung der kommunistischen Partei in Württemberg wurde an der Parteileitung scharfe Kritik geübt und u. a. getadelt, daß der Kampf einseitig gegen die Nationalsozialisten und nicht auch gegen die Sozialdemokraten geführt werde. Abg. Schläpfer wurde der Führung entbunden, ebenso Organisationsleiter Abg. Schneck und Agitations- und Propagandaleiter Bellemann. Es wurden Beschlüsse hinsichtlich einer lebhafteren Betätigung der Unterbezirksleitungen gefaßt.

Zur Landtagswahl. Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei des 2. würt. Wahlkreises stellte als Spitzenkandidat für die kommenden Landtagswahlen wieder den Landtagspräsidenten Pfäfer an erster und den Abg. Meßger an zweiter Stelle auf.

Die Lokomotiven für die Elektrifizierung in Auftrag gegeben. Die Reichsbahn hat bereits die Bestellung an elektrischen Fahrzeugen für die von der Elektrifizierung stehenden Strecken Augsburg-Ulm-Stuttgart und Stuttgart-Kornwestheim vorgenommen. Es handelt sich dabei um bedeutende Aufträge für die deutsche Lokomotivindustrie. Insgesamt wurden 12 Schnellzuglokomotiven, 20 Personenzuglokomotiven, Güterzuglokomotiven, 22 Triebwagen und 16 Steuerwagen bestellt. Die Ablieferung erfolgt nach Vollendung der Elektrifizierungsarbeiten.

Der wackere Schwabe noch am Leben. Während des Kriegs stand vor dem Kunstgebäude das Standbild des „Wackeren Schwaben“, von Professor Zeiler, in das jeder, der dem Vaterland helfen wollte, einen Nagel schlagen durfte. Dieses Denkmal deutschen Opferwillens wurde nach dem Krieg im Alten Schloss untergebracht und man glaubte nach dem Brand, daß er der Katastrophe zum Opfer gefallen sei; aber der „Wackere Schwabe“ hielt in der Feuersbrunst aus. Man fand ihn mitten in den Trümmern und mußte 7 halbverkohnte Balken zerschlagen, um ihn freizulegen.

„Anahyga“. Die Vorarbeiten für die in der Zeit vom 20. Januar bis 21. Februar in den städt. Ausstellungshallen auf dem Gewerbeplatz stattfindende „Anahyga“, deutsche anatomisch-anthropologische Ausstellung, sind in vollem Gange.

Vom Tode. Einen Selbstmordversuch durch Einatmen von Gas verübte in einem Haus der Seyfferstraße eine 42 J. a. Frau. Die Lebensmüde wurde nach erfolgreicher Anwendung des Sauerstoffapparats nach dem Kaiserin-Krankenhaus verbracht. — In einem Haus der Möhringer Straße verübte eine 37 J. a. Frau durch Einatmen von Gas Selbstmord zu verüben. Sie konnte jedoch an ihrem Vorhaben gehindert werden.

Der abgebissene Nasenzipfel. Samstag nacht wurde einem Mann in Hofen bei einer Kauferei die Nasenzipfel abgebissen, so daß er schnell ins Cannstatter Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Täter behauptet, er sei von zwei Brüdern auf dem Heimweg verfolgt worden. Vor seinem Hause hätten ihn die Verfolger gestellt und mit einem Büttel geschlagen. Bei der nachfolgenden Kauferei habe er sich nicht anders wehren können, als daß er einen der Angreifer ins Gesicht biß. Der Verletzte hat noch eine Wunde am Kopf, die durch einen Schlag mit einem Hausschlüssel erfolgt sein soll.

Unterföhrheim, 18. Jan. 80 Jahre alt. Heute feiert Friedrich Veeger seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar spielte im öffentlichen Leben der Reichsadm. lange Jahre hindurch eine maßgebende Rolle, vor allem als Bürgerausschuß-Obmann und als Gemeinderat, dem er bis zur Eingemeindung im Jahr 1905 angehörte. Er war Mitbegründer der Darlehenskasse — jetzt Unterföhrheimer Bank — und hat nahezu 24 Jahre in mühevoller Weise die Kasse verwaltet.

Aus dem Lande

Ehlingen, 18. Jan. Eröffnung der Altertums-sammlung. Am Samstagvormittag wurde im Alten Rathaus die erdgeschichtliche, gesteinskundliche und frühgeschichtliche Abteilung der Altertumsammlung durch Obermedizinalrat Dr. Mangold eröffnet. Es handelt sich um die von der Stadt angekauften Sammlungen des aus Ehlingen stammenden Professors der Erdkunde Richard Lang.

Bietigheim, 18. Jan. Im Bergwerk tödlich verunglückt. Bei dem Bergwerksunglück in der Schachtanlage „Kohlenroda“ in Monieroda (Ehlingen) kam auch der Sohn einer Bietigheimer Familie ums Leben. Es ist dies der 34 J. alte, verheiratete Bergmann Jakob Helf, der bei einer Explosion so starke Brandwunden erlitt, daß er kurz nach seiner Verbringung ins Krankenhaus Bleichenroda starb.

Badnang, 18. Jan. Todesfall. Im 87. Lebensjahr starb Defan Dr. Köstlin, der von 1897—1921 erster Stadtpfarrer in Badnang war, nachdem er zuvor als Defan in Blaustetten, Hefler und Stadtpfarrer in Langenau und Pfarrer in Langenbeutlingen wirkte. 1900—1906 gehörte er als Vertreter für Blaustetten der evang. Landessynode an. Von Gründung des Ev. Bunds an war er lange Jahre Führer in Württemberg. 1866 war er Mitkämpfer, 1870 ev. Feldgeistlicher. Die Beisetzung des geschätzten Kanzelredners, Geschichtsforschers und theologischen Schriftstellers findet am Dienstag nachmittag in Badnang statt. Köstlin ist durch die Herausgabe seiner Leitfäden für das Alte und Neue Testament, sowie eines solchen für die Kirchengeschichte zum Gebrauch für die höheren Schulen in weiteren Kreisen bekannt geworden.

Waldbetten, O. Omünd, 18. Jan. Der Schuß während des Gottesdienstes. In der hiesigen katholischen Kirche krachte während des Hauptgottesdienstes plötzlich ein Schuß, was unter den Kirchenbesuchern eine ungeheure Aufregung hervorrief. Es stellte sich heraus, daß ein 14jähriger Junge mit einem Revolver, der mit drei Patronen geladen war, gespielt hatte und der Schuß unversehens losgegangen war.

Göppingen, 18. Jan. Raffinierter Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Sonntag wurde in dem Osthaus zur Krone in Ottenbach ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Der offenbar mit den örtlichen Verhältnissen gut vertraute Täter deckte das Dach eines kleinen Anbaues zum Hauptgebäude ab, verstaute sich dort im Speicher und drang, nachdem die Wirtsleute zu Bett gegangen waren, durch ein eingedrücktes Fenster in das Innere der Schlafkammer der Wirtsleute ein. Der Täter, der zweifellos davon Kenntnis hatte, daß dort infolge einer Hochzeitsfeier ein größerer Geldbetrag aufbewahrt war, durchwühlte mehrere Behältnisse und entwendete dann unter dem Kopfkissen der schlafenden Wirtsfrau einen größeren Geldbetrag. Den Hauptbetrag, einige tausend Mark, fand er nicht. Der Dieb wanderte durch das ganze Haus. Sofort aufgenommene Fahndungsmaßnahmen führten zu keinem Erfolg.

Ellwangen, 18. Jan. Staatspräsident Dr. Holz über Koalitionsmöglichkeiten mit den Nationalsozialisten. Das Zentrum eröffnete am gestrigen Sonntag den Wahlkampf mit 20 Versammlungen im Bezirk Ellwangen. In einer Versammlung in der städtischen Turnhalle hier, wandte sich Landtagsabgeordneter, Domkapitulator Dr. Kaim, gegen den „Unfug“, der mit dem Wort national getrieben werde. Das Zentrum verbitte sich die Unverschämtheit, die nationale Gefinnung allein für das Hakenkreuz in Anspruch nehmen. Staatspräsident Dr. Holz betonte, daß es soweit nicht kommen werde, daß die Nationalsozialisten über die Reichspräsidentenwahl den Kanzler Brüning stürzen können, um selbst an die Macht zu kommen. Das Zentrum verneinte die grundsätzlichen Unterschiede, die zwischen Zentrum und anderen Parteien bestehen, nicht. Aber die Verhältnisse werden immer wieder so sein, daß das Zentrum gezwungen sei, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, wenn überhaupt eine Arbeit möglich sein solle. Es wäre unmöglich, die Millionen von Arbeitern, die in der Sozialdemokratie politisch vertreten sind, von der Mitarbeit am Staate auszuschließen. Aber es wäre genau so verkehrt, vom Zentrum zu verlangen, grundsätzlich niemals eine Koalition mit den Nationalsozialisten einzugehen. Aber die Nationalsozialisten werden lernen müssen, von ihrem anmaßenden Hochmut allmählich auf einen vernünftigen, biederen Sinn herunterzukommen. Niemand glaubt es im Ernst, daß es den Nationalsozialisten gelingen werde, jemals die Mehrheit aus eigener Kraft zu erreichen. Da sei schließlich auch noch das Zentrum da als feste Burg. Sie werden das Zentrum brauchen, sie werden nicht zur Regierung kommen, ohne daß das Zentrum dabei ist. Wir in Württemberg werden uns Schreiben, wie sie in Hessen an das Zentrum gerichtet worden sind, nicht gefallen lassen. Wir können auch regieren ohne die Nationalsozialisten, aber sie nicht ohne uns. Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir eine nationalsozialistische Regierung solange verhindern, als sie nicht Vernunft annehmen. Das Zentrum wolle wissen, wohin die Reise geht.

Göppingen, O. Tübingen, 18. Jan. Politische Zusammenstöße. Der Marktplatz in Göppingen war in der Nacht auf Sonntag der Schauplatz einer wilden Schlägerei. Etwa 20 Göppinger und Döhringer Kommunisten überfielen Angehörige der Hitlerpartei aus Reutlingen und Pfullingen in bedrohlichster Weise, so daß sich Bürgermeister Sauer veranlaßt sah, das Ueberfallkommando von Reutlingen zu alarmieren. Durch einen Messerstoß wurde ein Pfullinger Nationalsozialist, der 20jährige Hilfsarbeiter Albert Göß, lebensgefährlich verletzt. Er mußte in das Bezirkskrankenhaus Reutlingen übergeführt werden. Die Reutlinger Polizeibereitschaft verhaftete 10 Kommunisten und 4 Frauen, die am Sonntag an das Amtsgericht nach Tübingen eingeliefert wurden. Die Ausrüstung der Kommunisten bestand aus: Senfen, Gabeln, Kerzen, Weilen, Hämmern, Prägeln, Messern, Terzerol, Dachplatten, Tuffsteinen. Der Haupttäter konnte nach längerem Verhör überführt werden.

Ugenbach O. Calw, 18. Jan. Spinale Kinderlähmung. In einer hiesigen Familie wurden zwei Fälle spinale Kinderlähmung festgestellt. Die beiden Kinder, 7 und 1½ Jahre alt, kamen in die Tübingen Klinik.

Friedrichshafen, 18. Jan. Nebel auf dem Bodensee. Seit drei Tagen herrscht im Bodenseegebiet mehr oder minder dichter Nebel. Die Schiffe verkehren unter steter Anwendung der Nebelpfeife mit größter Vorsicht.

Kornwestheim, 18. Jan. Der Lohnstreit bei Salamander. Die Zeitholzarbeiter der Salamander AG., die in der vergangenen Woche die Einstellung der Arbeit beschlossen, sind heute morgen nicht zur Arbeit erschienen. Zurzeit finden in Stuttgart Verhandlungen statt, um zu einer gütlichen Beilegung des Streitfalles zu kommen.

Bei der Ortsvorsteherwahl wurde gewählt: In Sulzbach a. d. Murr Rechnungsrat Hermann Stroh, fröh. Bürgermeister in Steinbach bei Hall; in Boll O. Sulz Gemeindepfleger Gottlob Ehlinger; in Hemmenhof O. Rottenburg der sechsbürgerliche Bürgermeister Sidler; in Jagsthausen O. Reckartulm Verwaltungspraktikant Hofmann in Gundelsheim.

Lokales.

Wildbad, den 19. Januar 1932.

Postpaket-Verkehr. Um den Verkehr zwischen Stadt und Land zu erleichtern, führt die Post ab 1. Februar 1932 eine neue Beförderungsmöglichkeit für Pakete ein. Diese „Poststücke“, deren Beschaffenheit und Gewicht sich ungefähr im Rahmen der Vorschriften für Postpakete halten müssen, können ohne Pakettarte beim Kraftwagenführer eingeliefert und müssen an der zwischen Aufseher und Empfänger vereinbarten Haltestelle des Kraftwagens abgeholt werden. Ueber die Gebühren — dieselben wie für Reisegepäck — erteilen die Postanstalten Auskunft. Als Poststücke eignen sich besonders Sendungen mit Lebensmitteln (z. B. Gemüse, Fische) sowie Sendungen an Empfänger die nicht am Sitz einer Postanstalt, aber in der Nähe einer Kraftposthaltestelle wohnen (z. B. Christhofhof, Waldluft, Kaltenbrunn). Die Auslieferung kann zu jedem fahrplanmäßigen Kraftpostkurs erfolgen.

Hauptversammlung der K.-K.-Schützen. Vor Eingang in die Tagesordnung wird vom 1. Vorsitzenden Fritz Klotz das Lied „Schützenreue“ intoniert und von den zahlreich anwesenden K.-K.-Schützen begeistert gesungen, worauf der Vorsitzende die Teilnehmer und insbesondere den 1. Vorsitzenden des Krieger- und Militärvereins Karl Pfau, den Vertreter des Schützenvereins Walter Frischke und den Vertreter der Presse herzlich begrüßt. In dem daran anschließenden Geschäftsbericht weist der Vorsitzende auf die schwierige Aufgabe hin, die der Verein im abgelassenen Geschäftsjahr zu bewältigen hatte. Es erfüllte ihn mit besonderer Freude, daß das arbeitsreiche Jahr in jeder Hinsicht glücklich durchgeführt worden sei und sprach den Schützen herzlichen Dank für ihre Treue und Mitarbeit aus; es sei unverkennbar eine Aufwärtsbewegung in der Aktivität festzustellen. Er erinnert an die Bewegung vor 4 Jahren wo eine kleine Gruppe sich für die Gründung einsetzte und heute sei es ihm eine doppelte Freude, feststellen zu können, wie vieles inzwischen erreicht wurde, was die große Anzahl Preise der Schützenabteilung dartue. Hauptgeschäftsführer K. Dickhoff berichtet über die Tätigkeit der Schützen, die an 12 auswärtigen Veranstaltungen erfolgreich teilgenommen haben, wobei 13 Mannschaftspreise, 68 Einzelpreise und 4 Ehrenschießen errungen wurden; außerdem beim Verfassungsschießen ein Ehrendiplom des Herrn Reichspräsidenten, während der Verein 3 eigene Veranstaltungen ebenso erfolgreich durchführte. Insgesamt seien 24 300 Schuß abgegeben worden, die zwar nicht ganz an die Zahl des Vorjahres heranreichte. Dagegen seien 23 Auszeichnungen des Württemb. Kriegerbundes und des Kyffhäuserbundes an hiesige Schützen gefallen, was er mit großer Genugtuung feststelle. Das kommende Schießjahr werde wieder viel Arbeit bringen und bittet er die Schützen um Unterstützung. Schriftführer K. Hammer verliest nun die Protokolle, deren einwandfreie Abfassung die Zustimmung der Versammlung finden und für die der Vorsitzende herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes fand. Den Kassenbericht erstattete Kassier B. Rieginger, dessen gute Kassenführung ebenfalls lobend anerkannt und ihm vom Vorsitzenden der Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt wurde. Es folgen nun Ergänzungswahlen für die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder W. Krauß und H. Sirt, an deren Stelle durch Juraß Fritz Krauß und Schütz G. H. Weiler gewählt wurden; als Unterkassier wurde außerdem Schützenbruder Eberhardt gewählt. Walter Frischke spricht den K.-K.-Schützen für ihre Erfolge herzlichen Dank aus und gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Verein auf einer gesunden Basis stehe, wie er aus den verschiedenen Berichten ersehen habe. Er bittet die Schützenbrüder, sie mögen mithelfen, daß die Feuerschützen (Schützenverein) über ihre Zinsenlast, die der Bau der Schießanlage veranlaßt habe, hinwegkommen; auch sie sollen die Last mittragen helfen. Nach weiteren Gesangsleistungen nimmt der Vorsitzende des Krieger- und Militärvereins K. Pfau das Wort und sagt, daß es ihm eine hohe Befriedigung sei, festzustellen, wie gefestigt die Stellung sei, die die K.-K.-Abteilung sich geschaffen habe. Das danke ihnen auch der Krieger- und Militärverein, dessen Gesamtleitung hinter ihr steht. Das sei insofern wichtig, als die K.-K.-Abteilung den Fortbestand des Kr.- und Mil.-Vereins bilden sollte. Wie wichtig es sei, dem Krieger- und Militärverein wieder neue Mitglieder zuzuführen, könne man daran sehen, daß einer nach dem andern scheidet, man habe dies insbesondere dieser Tage wieder gesehen, als man den letzten Veteranen hinausgetragen habe. Er fordert die Mitglieder auf, ihren Beitritt zum Krieger- und Militärverein zu erklären und hofft, daß seiner Aufforderung zahlreich Folge geleistet werde. Vorstand Klotz dankt den beiden Vorrednern für ihre Ausführungen. Im Anschluß daran übergibt er der K.-K.-Abteilung unter herzlichen Glückwünschen die beim Landeschießen 1931 in Calw errungene Auszeichnung, bestehend aus einem prachtvollen silbernen Pokal mit 5 Bechern und überreicht den einzelnen Schützen, K. Dickhoff, B. Rießer, K. Hammer, H. Pflumm, Fritz Krauß je einen der 5 Becher zu eigen als bleibendes Andenken an den schönen Erfolg. Kamerad Pfau fordert hierauf zu einem Schluß auf die erfolgreichen Schützen auf. Vorstand Klotz greift nun zurück auf die Gründung der K.-K.-Abteilung und auf diejenigen Männer, die zur Legung des Grundsteins beigetragen haben. Es sei erste Pflicht, denselben eine Ehrung zuteil werden zu lassen und ernannt die Förderer des Vereins Josef Weikel, Karl Böhner, Walter Frischke namens der K.-K.-Abteilung zu Ehren.

mitgliedern unter Verleihung einer Urkunde. Tief gerührt spricht Kamerad Frizsche auch im Namen seines Schwagers Böhner dafür herzlichen Dank aus; er habe diese Auszeichnung nicht verdient, sondern nur seine Pflicht getan. Kamerad Pfau überreicht seinerseits im Auftrag der Sportabteilung des Württ. Kriegerbundes an Robert Bött als Schießeauszeichnung mit 138 Ringen die goldene Medaille, an Paul Materbacher mit 139 Ringen die silberne Ehrennadel des Riffhäuserbundes. Es wird noch ein zur Hauptversammlung eingegangener Antrag, das Lebungsschießen jeweils vormittags abzuhalten, behandelt, der einen längeren Meinungsaustrausch veranlaßt. Da der Antrag keine Aussicht hatte, angenommen zu werden, wird der Kompromißantrag angenommen, Sommers 3 × vormittags, 1 × nachmittags; Winters 3 × nachmittags, 1 × vormittags die Lebungsschießen anzufügen. Weiter wird beschloffen, am 7. Februar (Fastnachmittag) ein Becherschießen zu veranstalten. Damit war die Tagesordnung erschöpft und konnte der Vorsitzende unter Dankesworten an die Funktionäre, insbesondere an Kamerad B. Roster, der sich in allen Lagen uneigennützig für die R.-K.-Abteilung eingesetzt habe und dem dafür ganz besonderer Dank gebühre, die Versammlung schließen. Kamerad Frizsche bringt hierauf nach der Erklärung, die Ehrenmitglieder werden treu zur Schützengilde halten, ein Hoch auf das Deutsche Vaterland aus, auf das begeistert eingestimmt wurde.

Stahlwaren in den Saison- und Inventurausverkäufen. Von der Handwerkskammer Stuttgart wird mitgeteilt: Bei den letzten Saison- und Inventurausverkäufen haben einige Geschäfte auch Stahlwaren (z. B. Eßbestecke, Kofferraparate usw.) unter die Ausverkaufartikel eingereiht. Demgegenüber stehen insbesondere die Stahlwarenfachgeschäfte auf dem Standpunkt, daß Saison- und Inventurausverkäufe bei Stahlwaren im ordentlichen Geschäftsverkehr bei uns nicht üblich und daher unzulässig sind. Stahlwaren sind weder bei der Herstellung, noch bei der Preisbildung dem Wechsel der Mode und der Jahreszeiten unterworfen, welchen Standpunkt auch das Reichsgericht in seinem Urteil vom 17. Juni 1927 eingenommen hat.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Weiheskunde des Riffhäuserbunds. Im Sportpalast in Berlin hielt am Sonntag der Deutsche Reichskriegerbund Riffhäuser unter dem Vorsitz von General v. Horn aus Anlaß des Reichsgründungstags eine Weiheskunde ab. In einer Entschließung wurde gegen die Kriegsschuldfrage Einspruch erhoben und gleiche Abrüstung der anderen Mächte wie in Deutschland bzw. gleiches Recht für Deutschland auf Sicherheit und Rüstung verlangt. An der Massenkundgebung nahmen Reichswehrminister Bröner, Minister a. D. Oehler, General Hepe, Konteradmiral Feussinger und viele hohe Offiziere teil.

Wegen Beschimpfung des Papstes wurde der Diplomingenieur W. in Berlin an Stelle von einer Woche Gefängnis zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte, der sich als „aufgeklärten Katholiken“ bezeichnete, hätte vor einer katholischen Kapelle, in der Gottesdienst abgehalten wurde, in unfähigster Weise sich über den Papst geäußert.

Keine Schuhe, um in die Schule zu gehen. Wie groß die Not geworden ist, zeigte sich aus einer Mitteilung des Wuppertaler Volksschullehrermenten, wonach in der letzten Zeit allein 2400 Paar Schuhe vom Wohlfahrtsamt für solche Volksschüler ausgegeben werden mußten, die keine Schuhe hatten, um in die Schule zu gehen.

Konkursverfahren bei der Firma Cords. Ueber die bekannte Modemodelfirma Gustav Cords in Berlin war im September v. J. das Konkursverfahren verhängt worden. Wegen den Mitinhaber (seit 1925) und seit 1. Januar 1931 alleinigen Inhaber der Firma, Kaufmann Günther Schmidt-Borenstein, ist nun Anklage wegen Konkursvergehens erhoben worden. Er wird beschuldigt, in den Jahren 1926/29 über eine Million Mark zu privaten Zwecken dem Geschäftsvermögen entzogen zu haben, obgleich ihm die schwierige Lage des Geschäfts bekannt war.

Schwere Bluffat. Der 32jährige verheiratete Landwirt Joseph Rigg von Biggerdors (Hohenz.) wurde, als er sich auf dem Heimweg von Holzauarbeiten befand, von einem Arbeitskollegen ohne jeden Anlaß mit einem Messer in die Herzgegend gestochen und schwer verletzt. Die beiden waren kurz zuvor noch im Gasthaus zum Adler in Rindersdorf in Hohenzollern eingekehrt. Der schwerverletzte Rigg wurde nach der Tat von dem Täter verlassen. Er konnte sich noch bis zum ersten Bauernhaus in Biggerdors schleppen, wo ihm Hilfe zuteil wurde. Der Täter wurde verhaftet.

Drei Kinder durch eine Granate getötet. In Blankenberg an der Saale (Prov. Sachsen) fanden Kinder einen Granatzünder und bearbeiteten ihn mit einem Hammer. Der Zünder explodierte und tötete drei Kinder; ein weiterer sechsjähriger Knabe rinnt mit dem Tode.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Mittwoch, 26. Januar:
 6.15: Seltene Gabe, Wetterbericht, Gesamtl. 7.10: Wetterbericht, 10.00: Schallplatten, 11.00-11.15: Nachrichten, 11.45: Funkwerbungsfonier, 12.00: Wetterbericht, 12.05: Kammermusik, 12.35: Kammermusik, 12.45: Kammermusik, 12.55: Kammermusik, 13.00: Nachrichten, Programmänderungen, Wetterbericht, Konzert auf der Ostalbkette, 13.30: Kinderstunde, 14.30: Vortrag: Wie ein Vortragslehrer eintritt, 17.00: Konzert, 18.30: Seltene Gabe, 18.40: Esperantofunk, 19.05: Vortrag: Bei unbekanntem Wittern in Portugiesisch-Guinea, 19.30: Seltene Gabe, Wetterbericht, Landwirtschafsnachrichten, 19.45: Selbstmühsen Konzert, 21.00: Schwaben, 22.30: Wetterbericht, Nachrichten, Funksprüche für Fernverkehr.

Herabsetzung der Rundfunkgebühren. Der Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer fordert eine Ermäßigung der Rundfunkgebühren um 50 Prozent, also auf 1 Mark.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 15. Januar

Weitere Abnahme der Gold- und Devisenbestände

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Januar 1932 hat sich in der zweiten Januarwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 250,7 auf 3880,1 Mill. RM verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 194 auf 4331,6 Mill. RM, derjenige an Rentenbondscheinen um 1,0 auf 412,2 Mill. Reichsmark verringert. Die fremden Gelder zeigen mit 384,3 Mill. RM eine Abnahme um 32,9 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 12,8 auf 966,2 Mill. RM, und die Bestände an bedeckungsfähigen Devisen um 7,4 auf 154,8 Mill. RM abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedeckungsfähige Devisen beträgt 25,6 gegen 24,9 Prozent in der Vorwoche.

Unlauterer Preisabbau

Der Preisüberwachungskommissar Dr. Goerdeler hat an die Landesregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sich gegen Unlauterkeit im Preisabbau wendet. Er macht aufmerksam auf die Beobachtung, daß Geschäftsleute ihre Waren unter Schlagworten wie „Koller Preisabbau“ oder „Preislenkung entsprechend der Notverordnung“ anbieten, obgleich diese Angaben nicht der Wahrheit entsprechen. Der Preiskommissar verlangt, daß die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden dagegen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unmissverständlich einschreiten und droht für besonders traffe Fälle Schließung der Betriebe an. Es wird daher vor einem solchen Verfahren dringend gewarnt. Sollten derartige Fälle eintreten, so würde der Wirtschaft daraus eine neue Gefahrenquelle erwachsen, immer weiter in eine Zwangswirtschaft verstrickt zu werden.

Der Butterzoll

Halbamtlich wird mitgeteilt, die Reichsregierung habe sich entschlossen, den Butterzoll von 60 auf 120 M für den Doppelpennier zu erhöhen. Die Saluaverfälschung in den wichtigsten Butterausfuhrländern und der heftige Konkurrenzkampf, den Dänemark, Dänemark und Australien-Neuseeland führen, haben den Butterpreis so stark beeinträchtigt, daß die Rentabilität der deutschen Erzeugung völlig verlorengegangen ist. Die Buttereinfuhr ist seit dem Volatadumping wieder in fortwährendem Ansteigen begriffen. Vermöge seiner verschlechterten Saluta hat Dänemark seinen Butterpreis von 118 M (15. Sept.) auf 80 M (Mitte Januar) je Zentner gesenkt. Die entsprechenden Berliner Notierungen sind 126 bzw. 97 M. Zum Ausgleich wäre ein Zollzuschlag von 76 M je Zt. notwendig, die Vorlage beschränkt sich auf 70 M. Eine unerträgliche Verteuerung für den Verbraucher ist dadurch nicht zu befürchten. Bei der deutschen Buttererzeugung handelt es sich um einen Wert von 3,5 Milliarden Mark.

Zahlungseinstellung der Württ. Spar- und Hypothekengesellschaft in Rünzelsau

Infolge fortgesetzter Kündigungen die namentlich infolge der Fallstempelung über ein angelegliches Beteiligte an der zusammengebrochenen Hypothekengesellschaft in Döhringen getätigt wurden, hat sich nun auch die Württ. Spar- und Hypothekengesellschaft in Rünzelsau genötigt gesehen, die Zahlungen einzustellen. Dazu hat natürlich auch die allgemeine Krise, aber auch die 4. Notverordnung beigetragen, die Hypothekenschuldner eine zweijährige Stundung gibt, die Geldinstitute aber schloß dem unbezweifelten Ansturm der Einleger preisgibt. Es wird nun ein gerichtliches Vergleichsverfahren eingeleitet, um eine Benachteiligung der Einleger, die ihre Guthaben nicht abgehoben haben, zu vermeiden. Das ganze Vermögen der Bank soll zu diesem Zweck nach und nach flüssig gemacht werden. Die Spareinlagen und Schulden in laufender Rechnung sind durch die vorhandenen Vermögenswerte der Bank, in der Hauptfache Hypotheken und Grundschulden, gedeckt. Unter den Schulden befinden sich abgedeckte Forderungen der



Das Gesundheitswasser!

Das Wetter

In Süddeutschland behauptet sich hoher Barometerstand. Bei ziemlich warmen südwestlichen Luftströmungen ist für Mittwoch und Donnerstag zwar nicht ganz beständiges, aber vorwiegend trübendes Wetter zu erwarten.

Berliner Pfandkurs, 18. Jan. 14,60 G., 14,64 B.
 Berliner Dollarkurs, 18. Jan. 4,200 G., 4,217 B.
 Privatdiskont 7 v. H. kurz und lang.

Die Großhandelsmehlzahl für Vieh vom 13. Januar ist mit 663 gegenüber dem 6. Januar (692) um nicht weniger als 4,2 v. H. zurückgegangen. (1913 gleich 100.)

Der Verbrauchsrückgang bei den Genussmitteln. Aus den Mitteilungen des Instituts für Konjunkturforschung geht hervor, daß der Kaffeeverbrauch im 3. Vierteljahr 1931 in Deutschland gegen die gleiche Zeit des Vorjahres von 137 000 auf 102 700 Doppelpennier gesunken ist, der Teeverbrauch von 5400 auf 3600 Dg, und der Kakaoverbrauch von 61 000 auf 47 000 Dg. Auch der Verbrauch von Süßfrüchten sank in der gleichen Zeit von 248 300 auf 211 000 Dg. Der Bierverbrauch ging gleichfalls von 4,6 auf 3,5 Mill. Hl. zurück. Nur der Zigarettenverbrauch ist im Gegensatz zu dem übrigen Tabakverbrauch von 2,7 auf 3,7 Milliarden Stück gestiegen.

Strompreislenkung. Die Reichswerke AG. und die Engpasswerke AG. haben den bisherigen Höchstpreis von 42 auf 40, also um 5 Prozent herabgesetzt. Der Wohnungstarif wird ebenfalls von 42 auf 40,3 herabgesetzt. Beim Kleinsttarif nach Zähler wird eine Ermäßigung gewährt, und zwar um rund 10 Prozent. Weitere Erleichterungen werden den Gemeindeverwaltungen und Großabnehmern gewährt.

Landesproduktionsbörsen. Bei fester Grundstimmung verkehrte der Getreidemarkt in abgelaufener Woche in abwartender Haltung. Das Geschäft war etwas lebhafter. Es notierten je 100 Kg.: württ. Weizen 22,50-24,75 (am 18. Jan. 24,50-24,50), Sommergerste 18,50-20 (17,75-19,75), Futtergerste 16,50-17,75 (16,50-17,50), Roggen 21,50-22,50 (unv.), Hafer 14-15,50 (14-15), Wiesenheu 5-5,50 (unv.), Kleehheu 5,50-6,50 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 3,50-4,25 (unv.), Weizenmehl Spezial 0 37,50-38 (37,25 bis 37,75), Brotmehl 29,50-30 (29,25-29,75), Mele 8,50-9 (8,25 bis 8,75) M.

Magdeburger Zuckerbörse, 18. Jan. Jan. 31,65, Febr. 31,80, Tendenz ruhig.

Württ. Edelmetallpreise, 18. Jan. Feinsilber: Grundpreis 45,10, Feingold: Verkaufspreis 2840 M je Kg., Rein-Platin 5,25, Platin 96 Proz. mit 4 Proz. Palladium: 5,15, Platin 96 Proz. mit 4 Proz. Kupfer: 5,05 M je Gramm.

Bremen, 18. Jan. Baumwolle Ribbl. Univ. Stand. loco: 7,88.

Märkte

Schweinepreise. Balingen: Milchschweine 12-20. — Croisheim: Käufer 30-50, Milchschweine 9-17. — Gengen a. Br.: Saugschweine 10-16, Käufer 24-35. — Gall: Milchschweine 10 bis 17, Käufer 25-30. — Herrenberg: Milchschweine 10-20, Käufer 25-32. — Isbhofen: Milchschweine 10-18. — Rünzelsau: Milchschweine 11-17, Käufer 25. — Rosenfeld: Milchschweine 9-15, Käufer 22. — Schömburg: Milchschweine 10-15. — Trofingen: Milchschweine 8-17. — Vaihingen a. E.: Milchschweine 9-17 M. — Bellingen: Milchschweine 9-15. — Ellwangen: Milchschweine 10-15, Käufer 20-25. — Ravensburg: Ferkel 10-18, Käufer 25. — Saugau: Ferkel 13-17. — Ulm: Ferkel 12-18 M.

Fruchtpreise. Balingen: Haber 8-8,20, Gerste 9,20, Weizen 12,80. — Croisheim: Kernen 12,50, Dinkel 8,60, Weizen 11,40, Haber 7,40-7,50, Gerste 8,70-9. — Gengen a. Br.: Weizen 11-11,50, Roggen 10, Gerste 8,10-8,70, Kernen 12,20. — Ellwangen: Weizen 12-13,75, Gerste 9-9,50. — Ellwangen: Weizen 10,70, Roggen 10,80-11, Gerste 8,30-8,60, Hafer 6-6,50. — Heidenheim: Kernen 11,80-12,40, Weizen 10,50-11, Haber 7,30, Roggen 10. — Nagold: Weizen 12-14, Gerste 9-9,50, Haber 7,50-7,80, Ackerbohnen 8,50. — Ravensburg: Weizen 9-9,25, Weizen 12,20-12,45, Roggen 9,75-10, Gerste 9,20-9,50, Haber 8-8,15. — Saugau: Roggen 10, Gerste 8,50-9, Hafer 8. — Ulm: Weizen 11,60-12, Roggen 10,60-11, Gerste 8-8,20, Haber 8,80-7,60. — Reutlingen: Weizen 11-13, Dinkel 9-9,80, Gerste 8,30-9,50, Haber 6,50-8,20, Weizen 13. — Ulm: Weizen 10,50-12, Dinkel 8,50-9,40, Roggen 8,50-8,60, Gerste 8,50 bis 8,80, Haber 7,50-8,20, Kernen 11,80 M.

Befähigung. Die Villa der Neuh Erben (fr. Schaubert) in den Kleranlagen in Hall wurde um 30 000 M verkauft.

Eine 2-Zimmer-Wohnung ist zu vermieten.

Schriftliche Angebote unter M. J. an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Turnverein Wildbad e. V.
 Am Samstag den 23. Januar 1932, abends 1/8 Uhr, findet im Vereinslokal zur „Alten Linde“ die jagungsgemäße

Hauptversammlung

Tagesordnung:
 1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
 2. Kassenbericht.
 3. Eingegangene Anträge.
 4. Beitragsherabsetzung.
 5. Erziehungswesen.
 6. Verschiedenes.
 Anträge wollen bis Samstag den 23. Januar 1932, mittags 12 Uhr, beim 1. Vorsitzenden schriftlich eingereicht werden.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Nur noch diese Woche, dann ist Schluß mit meinem

Inventur-Ausverkauf

Jetzt gilt's, die noch und nochmaligen Preisherabsetzungen auszunutzen.

10%

auf alle nicht im Preise ermäßigten Stücke.

C. BERNER

Führendes Spezialhaus für Damenkonfektion
 Ecke Metzger- und Blumenstrasse.

Männergesangverein Liederkranz Wildbad.

Stimmbegabte sanftesfreudige Herren, die sich unserem Männerchor anschließen wollen, sind in jeder Singstunde jeweils Mittwoch abends 8 Uhr im Lokal „Alte Linde“ herzlich willkommen.
 Kein Trinkzwang!
 Der Vorstand.

Uhren-Reparaturen

werden angenommen.
 Wandpflug Haus Bollmer.